



Verband der höheren Verwaltungsbeamten Baden-Württemberg e.V.

Oktober 2019

Verbandsnachrichten

Einladung

zur Mitgliederversammlung

am Dienstag, den 19. November 2019 um 17 Uhr
im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau BW
Theodor-Heuss-Straße 4, 70174 Stuttgart (Raum Stuttgart)

17.00 Uhr Begrüßung

17.05 Uhr **Verbandspolitische Teil**

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstands
2. Finanzbericht
3. Bericht der Rechnungsprüfer
4. Entlastung des Vorstands
5. Wahlen
6. Anträge
7. Sonstiges

18.00 Uhr **Rainer Stichelberger**, MdL und Minister a. D., Mitglied der SPD-Fraktion

Vortrag mit Diskussion:
Positionen der SPD-Fraktion zum öffentlichen Dienst und den berufspolitischen
Anliegen der Beamten im Lande

19.30 Uhr **Gemeinsamer Abschluss mit Abendessen.**

Gäste sind uns herzlich Willkommen!

Bitte melden Sie sich wegen der Essensbestellung bei Frau Elwenholl
(E-Mail: Simone.Elwenholl@wm.bwl.de, Tel.: 0711/123-2210) an.

Anschrift: Landesvorsitzender Bernhard Freisler
Regierungspräsidium Stuttgart
Ruppmannstraße 21
70565 Stuttgart

Telefon: 0711/904 17100
LVN/E-Mail: Bernhard.Freisler@rps.bwl.de

privat: Böllatweg 36
73734 Esslingen

Homepage: www.vhv-bw

Aufruf

Da Vorstandsmitglieder aufhören möchten, würden wir uns freuen, wenn sich Bewerberinnen oder Bewerber für Vorstandspositionen zur Verfügung stellen. Das Ehrenamt macht Freude, ist interessant und keine Überforderung.

Versorgungsbericht 2019

Im Sommer erschien der neue Versorgungsbericht des Finanzministeriums für die Landesverwaltung. Er belegt, dass die Dynamik des Anstiegs der Zahl der Versorgungsempfänger bis zum Jahr 2060 deutlich nachlässt. Dadurch kommt zum Ausdruck, dass die in den 70er und 80er Jahren umfangreichen verbeamteten Jahrgänge nun in Pension gehen. Damals wurde der öffentliche Dienst in erheblichem Ausmaß ausgebaut. Dies setzte sich in den letzten ca. 25 Jahren nicht in gleicher Weise fort.

Außerdem wird festgestellt, dass die in den letzten Jahren getroffenen Sparmaßnahmen wirken. Die Versorgungsabschläge brachten dem Land 2018 bereits eine Einsparung von 97 Mio. €. Im Januar 2018 wurden bei 49000 der 106700 Ruhegehaltsempfängern die Pension um einen Versorgungsabschlag gemindert (46 %).

Die Vorsorge über den Versorgungsfond und die Versorgungsrücklage betrug zum 31.12.2018 bereits 6,8 Mrd. €. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Summe der 2018 aufgewendeten Pensionszahlungen 5,0 Mrd. € ausgemacht hat.

Wichtig ist zudem auch noch, dass der durchschnittliche Ruhegehaltssatz seit 2008 von 71,4 % auf 66,4 % gesunken ist. Darin kommt insbesondere zum Ausdruck, dass die Arbeit in Teilzeit signifikant zugenommen hat.

Bemerkenswert ist zudem, dass 2017 von 5965 Pensionierten immerhin 390 zuvor ihre Dienstzeit über die Altersgrenze hinausgeschoben hatten.

Die durchschnittliche Pension betrug 2018 im mittleren Dienst 2218 €, im gehobenen Dienst 2988 € und im höheren Dienst 4025 €.

Das Land kann aufgrund dieser erfreulichen Entwicklung bezüglich der Pensionen optimistisch in die Zukunft schauen. Auch der Anteil dessen, was vom Landeshaushalt benötigt wird um die Pensionen aufzubringen, steigt nur noch in einem bescheidenen Umfang. In den letzten knapp 30 Jahren ist diese Versorgungs-Haushalts-Quote von 5,6 % auf 10 % gestiegen. Die Prognose dafür beträgt für das Jahr 2060 lediglich 11,3 %. Das ist eine sehr deutlich gebremste Entwicklung, die uns Anlass zu Hoffnung gibt.

Exkursion nach Heilbronn

Am 9. Oktober 2019 führte uns die Exkursion nach Heilbronn. Wir haben uns die städtebauliche Konzeption des gesamten Geländes intensiv und anschaulich durch den Leiter des Grünflächenamtes der Stadt fachkundig erläutern lassen. Von der ersten Idee bis zur Realisierung dauerte es fast 20 Jahre. Dabei haben wir auch erfahren, dass der Bund die Schau finanziell nicht unterstützt. Drei Bundesverbände aus dem Bereich des Garten- und Landschaftsbaus vergeben das Recht eine solche Schau zu veranstalten. Die Stadt hat für Dauerhafte Investitionen 140 Mio. € ausgegeben. Dazu konnten Zuschüsse in Höhe von 65 Mio. € gewonnen werden. 44 Mio. € kostete die Durchführung der Schau. Nun werden in den nächsten Jahren

auf dem Gelände noch viele Wohnungen gebaut, so dass am Ende 3500 Menschen in dem neuen Stadtteil leben sollen, der den heutigen städtebaulichen Anforderungen entspricht. Es empfiehlt sich in einigen Jahren wieder danach zu schauen!

Nach einer Kaffeepause ging es mit einer Stadtführung weiter. Dabei war zu erfahren, dass Heilbronn bereits im Jahr 731 urkundlich erwähnt wurde. Es wurde mit Handel und Weinbau reich. Dazu kam noch ein Stapelrecht von 3 Tagen gegenüber der Schifffahrt auf dem Neckar. Im Mittelalter wurde die Stadt evangelisch. Trotzdem hielt sich das Kloster des Deutschen Ordens als katholische Enklave in der Stadt bis 1803. Im Oktober 1944 wurde die Stadt so bombardiert, dass 99 % der Innenstadt vollkommen zerstört war. Die Modelle im Rathaus dazu sind wirklich sehenswert. Die Stadt wurde danach bewusst im Stil der 50er Jahre wiederaufgebaut. Im weiteren Verlauf besichtigten wir das Rathaus, St. Kilian mit dem geschnitzten Altar, das Areal des Deutschen Ordens, das Fleischhaus und das Denkmal des großen Sohns der Stadt - Robert Mayer.

Zum Abschluss kehrten wir noch zum Abendessen auf dem Weg zum Bahnhof ein, um anschließend mit dem Regional Express zügig nach Stuttgart zurückzufahren.

Arbeitstagung im Juli 2019

Bei der Tagung beschäftigten wir uns zuerst mit der Einführung der elektronischen Akte in der Landesverwaltung. Jan Wiesner von der Stabsstelle des Projekts landeseinheitliche elektronische Akte informierte uns über den aktuellen Stand des Projekts. Im Ergebnis: die Sache ist schwierig und weil die Landesverwaltung Probleme bei der Personalgewinnung im IuK-Bereich hat, ist auch der Zeitplan zur landesweiten Einführung bis 2021 sehr ambitioniert. Ob das so realisierbar ist wird sich zeigen!

Das zweite Thema war die Reform der Forstverwaltung des Landes. Dabei wird der öffentlich-rechtliche Bereich und der Wirtschaftsbereich getrennt. Ein neuer Landesbetrieb erblickt dafür das Licht der Welt. Auch die kartellrechtlichen Problemstellungen werden bei dieser Gelegenheit mit aufgearbeitet. Bis 2021 soll die Reform umgesetzt werden.

Ferner hätten wir den SPD-Landtagsabgeordneten Nicolas Fink für 2 Stunden zum Meinungsaustausch zu Gast. Da er noch bis Ende 2018 Bürgermeister von Aichwald war, waren ihm die Probleme der Verwaltung und der Beamten noch sehr bewusst. Die Attraktivität der Landesverwaltung muss erhalten bleiben bzw. sogar gefördert werden. Dazu hat die SPD-Fraktion aktuell Positionen entwickelt. Es kam ein sehr offenes Gespräch in Gang. So können wir darauf hoffen, dass in der Fraktion und der Partei dieses Bewusstsein der Notwendigkeit von Verbesserungen für die Beschäftigten erhalten bleibt.

Abgerundet wurde die Tagung mit einem Meinungsaustausch der Teilnehmer über unsere Verbandsarbeit. Es war wieder eine informative gemeinsame Zeit, die wir nächstes Jahr gerne wiederholen wollen.

Besoldungsverbesserungen für die beiden Sachgebietsleiter der Wirtschaftsreferenten bei den Staatsanwaltschaften Mannheim und Stuttgart

Auf ein Schreiben des Verbandes antwortete Herr Justizminister Guido Wolf:
„Die sachgerechte Personalausstattung und eine amtsangemessene Alimentation zur Steigerung der Attraktivität unseres öffentlichen Dienstes ist auch mir ein Anliegen. Die im Staatshaushaltsplan 2018 erfolgte Hebung der 8 Stellen für die Wirtschaftsreferenten nach Bes.Gr. A 14 (Oberregierungsrat) war daher ein großer Erfolg und ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen. Nicht durchsetzbar war bislang

allerdings die aus meiner Sicht erforderliche Hebung von 2 Stellen für die Sachgebietsleiter der Wirtschaftsreferenten nach Bes.Gr. A 15 (Regierungsdirektor), um im Hinblick auf deren herausgehobene Leitungs- und Koordinierungsfunktion eine angemessene Besoldung zu ermöglichen.

Ich habe daher bereits veranlasst, dass mein Haus zur Aufstellung des Staatshaushaltsplans 2020/2021 einen entsprechenden Hebungsantrag stellen wird. Darüber, ob diesem Antrag nachgekommen wird, hat freilich allein der Haushaltsgesetzgeber zu entscheiden.

Für Ihre konstruktiven Vorschläge und Ihr Engagement im Dienste des Landes Baden-Württemberg bedanke ich mich sehr herzlich.“

Wir werden sehen was uns und den Kollegen jetzt im neuen Stellenplan geboten wird. Sollte die Bewertung in A 15 realisiert werden, so wäre das mal wieder ein großer zählbarer Erfolg unserer Verbandsarbeit. Andernfalls werden wir unsere Bemühungen natürlich fortsetzen.

Nachwirkung eines unserer Erfolge

Der frühere Erfolg hinsichtlich der B-Besoldung der Ersten Landesbeamten bei großen Landkreisen hat inzwischen dazu geführt, dass die in den mittleren Kreisen ebenfalls davon profitieren. Auch hier werden wir die Entwicklung auf der kommunalen Ebene weiter im Blick behalten und die entsprechenden Forderungen für die Kolleginnen und Kollegen in den Landratsämtern stellen. Daran sieht man, dass es sich lohnt als Verband mit einem langen Atem hartnäckig an einer Sache dran zu bleiben.

Als neue Mitglieder begrüßen wir:

Regierungsrat Michael Siryj, Logistikzentrum Baden-Württemberg